

Antragsteller\*in: Jürgen Lohmüller, Annemarie Fingert, Clemens Pingel  
Antrag an die Kreismitgliederversammlung DIE LINKE.München  
am 23. Okt. 2016:

**Das Gespenst des Terrorismus darf nicht zum Vorwand für einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren werden**

Die Kreismitgliederversammlung München ist entsetzt über die von den meisten politischen Kräften widerspruchslos hingegenommene Ankündigung, im Laufe des November 2016 gemeinsame Übungen von Polizei und Bundeswehr durchzuführen. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung werden durch die Legalisierung eines Bundeswehr-Einsatzes im Inneren wesentliche Grundrechte missachtet und fundamentales Merkmal zivilisierter Gesellschaften negiert, nämlich

- die Trennung von militärischer Gewalt durch sogenannte „Kombattanten“, die nach Befehl und Gehorsam zu handeln haben, von der
- Anwendung polizeilicher Gewalt, die auf dem Grundsatz der persönlichen Verantwortung des einzelnen Beamten basiert.

Dies haben auch die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes bedacht und einen möglichen Einsatz von Bundeswehr-Soldaten\*innen auf ganz besondere Katastrophenlagen begrenzt; auch die späteren Eingriffe in das Grundgesetz haben dies nicht grundsätzlich zu erschüttern vermocht. Und wer hätte schon etwas dagegen, wenn Bundeswehrsoldaten\*innen beim Aufschichten von Sandsäcken helfen bzw. dabei auch Hubschrauber und anderes geeignetes Gerät eingesetzt werden?

Aber die „Ausübung unmittelbaren Zwangs“ – und das ist die Kernaufgabe der Polizei – muss auch einzig der dafür ausgebildeten Polizei überlassen bleiben.

Gerade wir Münchner\*innen haben durch die Erfahrungen mit dem Amoklauf am OEZ und dem sich danach abspielenden nahezu bürgerkriegsartigen Szenario – sehr plötzlich waren 2.300 Polizeikräfte im Einsatz, die österreichischen Spezialkräfte „Cobra“ wurden eingeflogen, fallschirmjägerartig uniformierte Polizist\*innen jagten durch das Stachus-Untergeschoss – feststellen müssen, wie schnell die Grenze zu einem Bundeswehreinsatz überschritten werden könnte. Denn die sogenannten „Feldjäger“ waren bereits in Alarmbereitschaft.

Wir protestieren daher gegen die geplante – als bloße „Stabsübung“ verharmloste – gemeinsame Einsatzübung von Polizei und Bundeswehr. Wir fordern Freistaat und Landeshauptstadt auf, sich mit allen rechtlichen Mitteln gegen die Vorbereitungen zu einem gemeinsamen Einsatz von Polizei und Bundeswehr zu wenden.

Unser Motto bleibt

„Keine Waffen und keine Bundeswehreinsätze unterm Friedensengel!“

